

Tod im Sachsenwald

Zeitgeschichte Gregor von Bismarck verharmlost die Naziverstrickung seiner Vorfahren. Bislang unbekannte Akten belegen nun, dass die Promifamilie Hunderte Zwangsarbeiter ausbeutete. Von Klaus Wiegrefe

War Otto von Bismarck ein Menschenschinder? Aus Sicht seines langjährigen Hausmeisters Heinrich Evers keineswegs. Der bestätigte 1947 schriftlich, der Gutsbesitzer und Enkel des gleichnamigen Reichsgründers habe sich »jederzeit persönlich um das Wohlergehen seiner Betriebsangehörigen gekümmert«. Die Verpflegung sei »besser als irgendwo anders« gewesen. Die Kriegsgefangenen unter den Zwangsarbeitern, die in geschwächtem Zustand ankamen, hätten sich sogar »in kurzer Zeit sehr gut erholt« und seien wieder »voll leistungsfähig« geworden.

Evers' Erklärung findet sich im Landesarchiv Schleswig-Holstein. Die britische Besatzungsmacht hatte im März 1947 Auskunft darüber verlangt, wie Otto von Bismarck Zwangsarbeiter während der Nazizeit be-

handelt hatte. Es habe »keine« Beschwerden gegeben, beteuerte Bismarck und bat seinen langjährigen Hausmeister Heinrich Evers um einen sogenannten Persilschein.

Die Erzählung vom gütigen Gutsherrn passt zum Bild, das die Bismarcks in Friedrichsruh bei Hamburg über sich in der Nazizeit verbreiten. Gregor von Bismarck, Sprecher eines Teils der Familie, behauptete noch vor einigen Monaten, sein Großvater Otto, ehemaliges NSDAP-Mitglied und von 1953 bis 1965 Bundestagsabgeordneter der CDU, habe dem Hitler-Regime zunehmend kritisch gegenübergestanden und schließlich sogar Widerstand geleistet.

Begründete Zweifel daran gibt es schon lange, zumal gleich zwei SS-Mörder aus dem Vernichtungslager Auschwitz – darunter der

letzte Kommandant – nach 1945 bei den Bismarcks im Sachsenwald untertauchten, wovon die Familie nach Angaben Gregors aber nichts wusste.

Nun hat der SPIEGEL die bislang unbekannte Geschichte der Zwangsarbeiter auf den Gütern der Bismarcks recherchiert, im Landesarchiv in Schleswig und im Amtsarchiv Hohe Elbgeest in Dassendorf, in den Beständen des Archivs des Internationalen Suchdienstes (ITS) in Arolsen (heute Arolsen Archives), des Kreisarchivs Stormarn und in den digitalisierten Beständen des russischen Verteidigungsministeriums.

Dort finden sich die Korrespondenz zwischen Otto von Bismarck und den Alliierten, Namenslisten mit Opfern, Meldekarten aus



Diktator Hitler mit NSDAP-Mitgliedern Otto (4. v. r.) und Ann Mari von Bismarck in Friedrichsruh 1939

Aumühle, Akten von Hamburger Krankenhäusern und des Arbeitsamts Bad Oldesloe, das die Zwangsarbeiter zuwies, Personalkarten von Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion und Polen, zahlreiche Schreiben ehemaliger Opfer aus den Achtziger- und Neunzigerjahren des 20. Jahrhunderts an den ITS. Der half damals dabei, wenn Menschen für ihre Rentenansprüche in Polen den Nachweis ihrer Zwangsarbeit erbringen mussten.

Es sind berührende Zeilen, oft in gebrochenem Deutsch, etwa des Ehepaars Maria und Stefan Burzyński, das am 10. November 1989 schrieb: »Möchte sehr höflich bitten um eine Bescheinigung zu bekommen von meine und mein Mans Arbeit in Deutschland. Waren gezwungen zu den Bauern mit dem Namen Forst Fon Bismarck Bei Hamburg... Die Bescheinigung sind uns benötigt zu unsere Rente.«

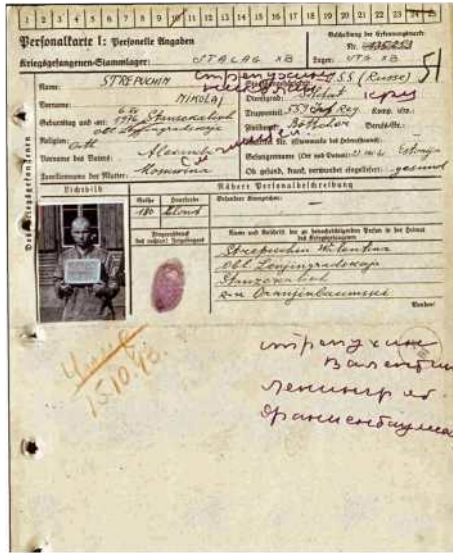
Allein im und um den berühmten Sachsenwald, den Kaiser Wilhelm I. seinem Reichskanzler aus Dankbarkeit für die deutsche Einheit 1871 übereignet hatte, mussten mindestens 334 Polen und andere Osteuropäer – laut NS-Behörden Russen, Ukrainer, Belarussen – schuften. Viele weitere Zwangsarbeiter leisteten auf einem anderen Anwesen der Bismarcks Frondienste, dem damaligen Rittergut Schönhausen im heutigen Sachsen-Anhalt.

Die freundliche Erzählung von Hausmeister Evers war vermutlich eine Gefälligkeit seinem Arbeitgeber gegenüber. So notierte 1992 Wladyslaw Gabryelczyk, ein Bauer aus der Umgebung von Lwiw in der heutigen Ukraine, auf einem ITS-Formular, er habe bei den Bismarcks fünf Jahre als »Sklave« gearbeitet. Seine Aufgabe: »ich arbeite bei abschneiden Holz in Wald«.

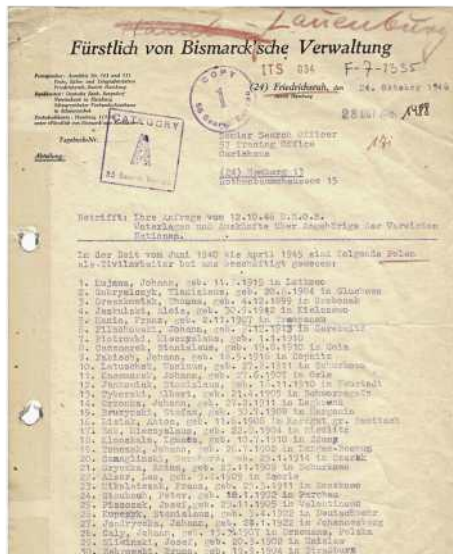
Oder die damals 17-jährige Eugenia Feter aus Kalisz in Zentralpolen, die von 1942 bis 1945 in Schloss Schönhausen in der Küche schuftete. In ihrem Brief an den Internationalen Suchdienst steht: »Die Arbeit war schwer, von 6 bis 22 Uhr: Die Bedingungen waren belastend.« Oder Zenon Wojtczak, der 1988 auf einem ITS-Formular angab: »Obwohl ich ein kleiner Junge war, musste ich schwer beim Vieh- und Geflügelfüttern arbeiten.« Zenon war seinerzeit acht Jahre alt. Und er war nicht das einzige Kind.

Die Bismarcks beuteten auch die Familie Walaszczyk aus, das Ehepaar war 1943 aus der Region Wolhynien verschleppt worden, mitsamt seinen sechs Kindern, das jüngste hieß Stanislaw und war erst vier Jahre alt. Die Bienkowskis mit Wladislawa, 4, und Zenon, 2, wurden aus der Umgebung Krakaus deportiert. Die Barilkis hatten zuvor mit Kasimir, 13, Maria, 11, und Henrika, 9, in Oberschlesien gelebt. Die russische Landarbeiterin Stanislaw Rusiecka brachte den zehnjährigen Peter mit.

Der ITS trat mehrfach an die Bismarcks heran und bat um die Bestätigung von Arbeitsverhältnissen für Rentenansprüche.



OBG Memorial



Arbeits Archives International Center on Nazi Persecution

Personalkarte des Kriegsgefangenen Strepuchin, Zwangsarbeiterliste: »Keinerlei Nachweise«

Und obwohl Otto von Bismarck 1946 nachweislich Listen mit Namen von Zwangsarbeitern erstellt hatte, die dem SPIEGEL in Kopie vorliegen, antwortete Ferdinand – Ottos Sohn und von 1975 bis 2019 Sprecher der Familie – nicht oder schickte einen Zweizeiler: »Wir teilen Ihnen mit, dass wir leider keinerlei Nachweise über Beschäftigungs- und Aufenthaltszeiten haben.«

Das Thema Zwangsarbeit ist ein weiteres Kapitel in der Geschichte der Bismarcks und ihrem Verhältnis zur Nazidiktatur, die inzwischen nicht nur Historiker und Journalisten interessiert. Kürzlich musste Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier turnusgemäß zwei Vertreter der Familie in das Kuratorium der Bundesstiftung Otto von Bismarck berufen, so sieht es ein Gesetz von 1997 vor. Bislang sitzt dort weiterhin Gregor von Bis-

marck neben Bundestagsabgeordneten, ehemaligen Ministern und Staatssekretären.

Aber kann jemand in einer sogenannten Politikergedenkstiftung des Bundes mitwirken, der die NS-Vergangenheit seiner Vorfahren verharmlost oder sogar leugnet, etwa die NSDAP-Mitgliedschaft seiner Großmutter Ann Mari, nach der eine Schule in Aumühle benannt ist? Und die historische Aufarbeitung offenbar nur simuliert? Als der SPIEGEL 2023 über das Untertauchen des Auschwitz-Kommandanten bei den Bismarcks recherchierte, erklärte Gregor von Bismarck, er habe zwei Wissenschaftler mit der Aufklärung beauftragt. Inzwischen sagt er, es sei nur ein »Rechercheur« gewesen, und auch diese Zusammenarbeit habe er längst beendet, da es in seinem Wirtschaftsarchiv keine Akten zu dem Thema gebe.

Gut möglich, dass der Bundestag noch in dieser Legislaturperiode das Gesetz für die Bismarck-Stiftung so novelliert, dass der Familienzweig in Friedrichsruh seine Plätze im Kuratorium verliert.

Das Kapitel Zwangsarbeit hat zudem eine finanzielle Seite. Die Erbgemeinschaft Otto von Bismarck hat vom Land Sachsen-Anhalt 2011 eine Ausgleichszahlung in unbekannter Höhe und die Herausgabe von millionenschweren Kunstgegenständen erstritten, weil das Gut Schönhausen nach dem Zweiten Weltkrieg in der Sowjetischen Besatzungszone enteignet worden war. Allerdings entschied das Bundesverwaltungsgericht 2022 in einem anderen Fall, dass eine »menschenunwürdige Unterbringung und Behandlung« von Zwangsarbeitern Ausgleichsleistungen ausschließt. Bereits erhaltene Leistungen mussten in jenem Fall zurückerstattet werden. Haben die Bismarcks ihre Zwangsarbeiter menschenwürdig untergebracht und behandelt? Droht ihnen auch eine Rückgabeforderung?

Begonnen hatte alles nach dem deutschen Überfall auf Polen 1939. Im »Dritten Reich« fehlten Arbeitskräfte, und da der Diktator Adolf Hitler keine deutschen Frauen einsetzen wollte, mussten Kriegsgefangene einspringen, obwohl die Genfer Konvention über die Behandlung von Kriegsgefangenen der Zwangsarbeit von Soldaten enge Grenzen setzte. Die Männer wurden formal aus der Gefangenschaft entlassen und als »Zivilarbeiter« eingestellt.

In Polen hatten sie als Bauern, Handwerker, Musiker, Elektriker, Viehhändler gearbeitet. Nun mussten sie sich schriftlich verpflichten, »jede vom Arbeitsamt zugewiesene Arbeit zu verrichten« und die »Arbeitsstelle ohne Genehmigung des Arbeitsamtes und der Polizei nicht zu verlassen«. Verstöße sollten schwer bestraft werden. Der ausgezahlte Lohn betrug einen Bruchteil dessen, was Deutsche erhielten. Weil es an Gummi fehlte und Fahrräder deshalb ge-



Walter Sch., Mai 1942 (Archiv Gedenkstätte Lager Sandbostel)

Sowjetische Kriegsgefangene im »Stalag X B« in Sandbostel 1942: Perverse Rassenhierarchie der Nazis

schont werden sollten, durften polnische Zivilarbeiter nicht einmal Rad fahren. Und wer mit einer Einheimischen anbandelte, riskierte sein Leben: Bei »verbotenem Umgang«, etwa Geschlechtsverkehr mit Deutschen, drohte die Todesstrafe.

Zwangsarbeiter bekam zugeteilt, wer beim Arbeitsamt einen Antrag stellte. Über die Dringlichkeit entschied im Landkreis Herzogtum Lauenburg das Arbeitsamt Bad Oldesloe. Für die Bismarcks offenbar kein Problem: Forstwirtschaft war personalintensiv, und die Bismarcks zählten zu den reichsten und prominentesten Familien Deutschlands, zudem waren sie bestens vernetzt.

Gutsherr Otto (1897 bis 1975) und sein Bruder Gottfried (1901 bis 1949) hatten wie viele andere aus der Elite des Kaiserreichs mit der Weimarer Republik, die den Adel abschaffte, gefremdelt. Von den Nazis erhofften sich die beiden Juristen einen Karriereschub. Gottfried von Bismarck, Duzfreund von SS-Chef Heinrich Himmler, war der NSDAP noch vor Hitlers Machtübernahme 1933 beigetreten, Otto gleich danach.

Parteichef Hitler schätzte die Unterstützung der Brüder mit dem klangvollen Namen, da er vom damaligen Bismarck-Kult profitierte, wonach nur ein Führer die gro-

ßen Probleme der Zeit lösen konnte. 1933 zog Gottfried für die NSDAP in den Reichstag ein und wurde später Regierungspräsident in Stettin und dann in Potsdam. Auch Otto von Bismarck, Oberhaupt der Familie, machte Karriere. Er verkehrte mit Hitlers Adlatus Hermann Göring und stieg 1940 zum zweiten Mann an der Botschaft in Rom auf. Seine luxuriösen Feste in der italienischen Hauptstadt waren berühmt – gedacht als Werbung für das »Dritte Reich«.

Während Otto von Bismarck das Dolce Vita in Rom genoss, trafen auf seinen Ländereien im Sachsenwald immer neue Opfer aus Osteuropa ein. Es überwogen jetzt gefangene Rotarmisten und »Ostarbeiter«, wie die Nazis Menschen aus der Sowjetunion nannten: gut 100 Männer 1941, im Jahr darauf weitere 63, 1943 dann 55, darunter erstmals Frauen, 1944 schließlich 11 Männer und 25 Frauen. So die Angaben Otto von Bismarcks gegenüber den Briten nach 1945. Die Vermutung liegt nahe, dass er ohne die Arbeitskräfte den Forstbetrieb hätte einstellen müssen, denn seine Stammkräfte mussten an die Front.

Hitler hatte im Juni 1941 das Kreml-Imperium überfallen und große Gebiete erobert. Die gefangenen Rotarmisten waren

zunächst in die Kriegsgefangenenstammlager im norddeutschen Wehrkreis X in Sandbostel (»Stalag X B«) zwischen Bremen und Hamburg und in Schleswig (»Stalag X A«) gebracht worden, in denen teilweise grauenhafte Bedingungen herrschten, und später in den Sachsenwald.

In der perversen Rassenhierarchie der Nazis standen »Ostarbeiter« noch unter den Polen und sowjetische Kriegsgefangene ganz unten. Hitler und seine Generale ließen allein bis Ende 1941 etwa zwei Millionen Rotarmisten in deutscher Gefangenschaft umkommen; sie verhungerten oder starben an Seuchen. Erst als klar wurde, dass der Blitzkrieg gescheitert war und die Deutschen stattdessen einen Abnutzungskrieg führen mussten, setzte das Reich darauf, die Rotarmisten als Zwangsarbeiter auszubeuten. Sie erhielten noch weniger Lohn als die Polen, oftmals gar keinen. Am 6. Oktober 1941 traf der erste Transport bei den Bismarcks ein.

Auch die zivilen »Ostarbeiter« der Bismarcks hatten keine Wahl gehabt. Sie seien »deportiert« worden, schrieben manche von ihnen später in den Formularen des ITS. Russen, Belarussen oder Ukrainer – Männer wie Frauen – wurden zu diesem Zeitpunkt des Krieges üblicherweise auf der Straße, auf

Märkten, bei Dorffesten aufgegriffen und verschleppt. Stellten Dörfer in den besetzten Gebieten nicht ausreichend Arbeitskräfte zur Verfügung, brannten deutsche Truppen die Häuser nieder. In Schleswig-Holstein wurden viele »Ostarbeiter« über den Güterbahnhof Neumünster an die Gemeinden und dann die Arbeitgeber verteilt.

Nicht nur die Bismarcks, auch andere Einwohner von Aumühle machten mit. Für eine Reichsmark pro Person pro Tag liehen sie sich gegenseitig Kriegsgefangene aus, die etwa beim privaten Hausbau halfen.

Die Arbeit im Sachsenwald war hart: Entwässerungsgräben ziehen, Grubenholz für Bergbau und Schwellenholz für Eisenbahnschienen wegkarren, Wirtschaftswege und die Schlossanlage instand halten. Frauen wurden bei den Pflanzungen und im Haushalt eingesetzt. Die Polin Maria C., 32, kam im März 1943 ins Krankenhaus Harburg, Diagnose: »Erschöpfungszustand«.

Auch auf dem Rittergut in Schönhausen an der Elbe herrschten üble Zustände. Margerite von Bismarck, Mutter von Gottfried und Otto, schrieb in einem Brief am 15. Oktober 1941 an Gottfried: »Die Gefangenen sind blutjung, Burschen, so unterernährt, dass sie oft »schlapp« werden. Dabei hat man ihnen, bei der Kälte, alles weggenommen, außer ein Hemd, Hosen und eine leichte grüne Joppe, mit ihrem Abzeichen darauf.« Immerhin kündigte sie an, sich bei der Wehrmacht für die Gefangenen einzusetzen, allerdings mit Vorbehalt: Sollte sie keinen Erfolg haben, sollten die Opfer verschwinden: »Ich möchte, wenn nichts zu machen ist, die Leute vom Hof weg haben, denn es wird noch ein Unglück geben.«

Ihr Sohn Otto von Bismarck hatte den Weltkrieg nicht gewollt, er glaubte nicht an den »Endsieg«, und wohl deshalb ging er auf Distanz zum Regime. Er bezeichnete Hitler im Winter 1941 intern als »Idioten«. Bruder Gottfried schloss sich sogar dem Widerstand an.

Und dennoch errichtete Otto von Bismarck im Sachsenwald mindestens fünf Lager oder stellte dafür Gebäude zur Verfügung, etwa die sogenannte Bauernstube des Hotels Fischerhaus in Aumühle, Scheunen auf seinem Gut Schönau im heutigen Reinbek oder bei den Förstereien, mit deren Hilfe er das 6000 Hektar große Areal bewirtschaftete. Stacheldrahtzaun, vergitterte Fenster, Bewachung durch Soldaten – so stand es zumindest zeitweilig in den Bestimmungen der NS-Behörden. Die »Ostarbeiter«, die ehemaligen polnischen Kriegsgefangenen und die Rotarmisten wurden üblicherweise getrennt untergebracht.

Das Archiv der Bismarcks ist nicht öffentlich zugänglich, Abrechnungen liegen nicht vor. Aber zumeist waren solche Lager ein gutes Geschäft, wie der Historiker Uwe Danker erklärt, der mit einem Team die

Geschichte der Zwangsarbeit in Schleswig-Holstein erforscht hat. Die Unternehmen zahlten dort üblicherweise den Lohn der Kriegsgefangenen an das Stalag und den der Zivilisten an die Arbeitsverwaltung, die davon einen beträchtlichen Teil für die Unterbringung in den Lagern abzogen. Von der einbehaltenen Summe ging dann wiederum ein großer Teil als Kostenerstattung an die Unternehmen, die die Lager stellten. Es liegt kein Hinweis vor, dass es bei den Bismarcks anders war.

Am 4. Dezember 1941 gab es in einem Arbeitskommando im Sachsenwald den ersten Toten: den 27-jährigen Schmied Alexej Poljuchow aus Pskow, nahe der heutigen Grenze Russlands zu Estland. Laut seiner Personalkarte war er im August 1941 in deutsche Gefangenschaft geraten.

Mindestens weitere 22 junge Männer starben im Winter 1941/42 in den Lagern in Aumühle und dem benachbarten Oedendorf, wie die Heimatforscher Dorothee von Trotha und Nikolaj Müller-Wusterwitz herausgefunden haben. Die Ursachen sind überwiegend nicht dokumentiert.

Nach dem Krieg wies Otto von Bismarck jede Schuld von sich: »Die Beaufsichtigung und Betreuung der Lager oblag ausschließlich den militärischen Dienststellen, in erster Linie der in Mölln stationierten Landeschützenkompanie.« Auch seien die Kriegsgefangenen schon so geschwächt angekommen, dass sie »gar nicht zum Arbeitseinsatz gelangt« seien.

Für den Göttinger Historiker Stefan Hördler, Gutachter der Bundesregierung zum Thema Zwangsarbeit, wiegt der Tod der jungen Männer besonders schwer. In der Regel seien Rotarmisten zugewiesen worden, die als arbeitsfähig galten. Dass derart viele im Sachsenwald starben, lasse ahnen, wie katastrophal die Bedingungen dort gewesen sein müssen, sagt Hördler. Der letzte nachgewiesene Todesfall war der blonde Böttcher Nikolai Strepuchin, 26, verheiratet, aus der Gegend um Nowgorod. Er kam am 15. Oktober 1943 bei den Bismarcks zu Tode, nach offiziellen Angaben Opfer eines »Schlaganfalls«.

NSDAP-Mitgliedskarte von Ann Mari von Bismarck: Aufarbeitung offenbar nur simuliert

Mitglieds Nr. 2700136 Vor- und Zuname: <i>Bismarck, von Ann Mari</i>	
Geboren <i>20.11.07</i> Ort: <i>Hocheloh</i>	Wohnung
Beruf: <i>Styfan</i> Logg. verheiratet, verw.	Ortsg.: Gau
Eingetret. 1.5.38	
Angestrich.	Wohnung
Wiedereinget.	Ortsg.: Gau
Wohnung: <i>Friedrichsuhl</i>	Wohnung
Ortsg.: <i>Reinbek</i> Gau	Ortsg.: Gau
Wohnung	Wohnung
Ortsg.: Gau	Ortsg.: Gau
	5 8 2 5

U.S. National Archives

Unter Experten herrscht Konsens, dass das Schicksal der Zwangsarbeiter im Alltag oft vom Arbeitgeber abhing. Die Wehrmacht konnte die Bedingungen nicht flächendeckend kontrollieren, es fehlte an Soldaten. Hitler-Adlatus Göring hatte daher grundsätzlich angeordnet, dass »deutsche Arbeiter hilfspolizeiliche Funktionen wahrzunehmen haben«, sie durften die Häftlinge sogar verprügeln. Ein Förster der Bismarcks, während des Krieges Lehrling im Sachsenwald, erzählte Jahrzehnte später, die sowjetischen Kriegsgefangenen, die er bei der Forstarbeit zu beaufsichtigen hatte, seien »wehrlös und jeglicher Willkür ausgesetzt« gewesen.

Auch bei der Versorgung der Zwangsarbeiter gab es eine große Bandbreite, gerade auf dem Land. Bei manchen deutschen Bauernfamilien saßen Polen oder Ukrainer mit am Tisch, obwohl es verboten war. Von den Bismarcks ist nichts dergleichen bekannt. Zeitzeugen berichteten vielmehr nach dem Zusammenbruch des »Dritten Reichs«, dass vor allem die gefangenen Rotarmisten hungerten und im Frühjahr 1945 auf der Suche nach Essbarem die Küchenabfälle des Schlosses durchwühlten. Demnach haben Küchenmitarbeiter ihnen auch geholfen, allerdings heimlich, was vermuten lässt, dass sie annahmen, Gutsherr Otto von Bismarck würde die Hilfe nicht billigen. Der Diplomat war inzwischen aus Rom zurückgekehrt. Hitler hatte ihn und andere Diplomaten 1943 abberufen, weil der Diktator mit der Berichterstattung der Botschaft in Rom unzufrieden war. Im Jahr darauf wurde Bismarck in den einstweiligen Ruhestand versetzt.

Noch immer ist manches unbekannt in diesem düsteren Kapitel in der Geschichte der Bismarcks. Vielleicht gibt es sogar Entlastendes. Doch Gregor von Bismarck trägt nicht zur Aufklärung bei. Ein Fragenkatalog des SPIEGEL zu einzelnen Aspekten und seinem Gesamturteil blieb bis Redaktionsschluss unbeantwortet.

Im Mai 1945 übernahmen die britischen Sieger das Kommando im Sachsenwald. Schon bald wurde Otto von Bismarck festgenommen und für mehrere Wochen interniert. Er behauptete jetzt, ein »Feind« des Hitler-Regimes gewesen zu sein und nur mitgemacht zu haben, um Schlimmeres zu verhindern. Der »Denazifizierungsausschuss« sah allerdings keinen Grund, »warum sich Bismarck als Träger einer der berühmtesten Namen in Deutschland überhaupt unter dem Nationalsozialismus als Beamter betätigt hat«, und empfahl ein Bußgeld von 100.000 Reichsmark. Ob es gezahlt wurde, ist unbekannt.

Ein schlechtes Gewissen scheint Otto von Bismarck nicht gehabt zu haben. Als eine Nichte ihn Jahre später auf seine NS-Zeit ansprach, sagte er: »Es war doch interessant, da mitzumachen.«